

**Antrag**

Fraktion der CDU  
Fraktion der FDP

Hannover, den 15.03.2006

**Ein langfristiges Energiekonzept muss Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz berücksichtigen!**

Der Landtag wolle beschließen:

**EntschlieÙung**

Der Landtag erwartet vom angekündigten Energiegipfel der Bundesregierung, dass damit die Grundlage für ein langfristiges Energiekonzept der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet wird.

Der Landtag stellt fest, dass insbesondere vor dem Hintergrund eines in den nächsten Jahren in der Elektrizitätswirtschaft bestehenden erheblichen Erneuerungsbedarfs an Kraftwerkskapazitäten die langfristigen politischen Rahmenbedingungen für eine an Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Energiepolitik definiert werden müssen.

Für einen vernünftigen und zukunftsweisenden Energiemix sollte jede verfügbare Art der Energiegewinnung auf ihre technische Realisierungsmöglichkeit und langfristige Planbarkeit untersucht und entsprechend genutzt werden. Aufgabe eines Energiegipfels sollte es sein, ein Konzept für die Entwicklung einer nachhaltigen, preiswürdigen, ressourcenschonenden und langfristig gesicherten Energieversorgung als bedeutenden Wirtschafts- und Standortfaktor zu entwickeln. In Niedersachsen wird Energie sowohl aus fossilen und nuklearen als auch in zunehmendem Maße aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen. So hat Niedersachsen beispielsweise als bedeutendes Windenergieland ein besonderes Interesse an diesem Energiegipfel, da die angemessene Einbindung der Nutzung der Windenergie in ein deutschlandweites Energiekonzept bisher fehlt.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass der Energiegipfel und das daraus folgende Energiekonzept insbesondere die folgenden Themen berücksichtigen:

- Stärkung des Wettbewerbs auf dem Energiemarkt,
- verstärkte Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien,
- Ausbau der wirtschaftlichen Nutzung der erneuerbaren Energien,
- Überprüfung der Fördersysteme mit dem Ziel einer verstärkten Einbeziehung marktwirtschaftlicher Instrumente,
- Verbesserung der Wirkungsgrade konventioneller Kraftwerke,
- Offenhalten aller Optionen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie,
- Bereitstellung geeigneter Endlager für unterschiedliche radioaktive Abfälle,
- Ausbau der Forschung in Bezug auf Kernfusionsreaktoren,
- Ausbau des Stromnetzes auch unter dem Gesichtspunkt neuer, wirtschaftlicher Übertragungstechniken,
- verstärkte Forschung nach Speicher- und Antriebstechniken,
- Möglichkeiten der effizienteren Energienutzung,
- mittelfristiger Abbau der sinnentfremdeten Ökosteuer.

## Begründung

Seit Jahren wird von zahlreichen gesellschaftlichen Kräften ein umfassendes Energiekonzept gefordert. Die Rahmenbedingungen der Energiegewinnung und -nutzung haben sich in den letzten Jahren verändert. Der Energiebedarf hat sich global stark erhöht und wird weiter steigen. Knapper werdende Rohstoffe führen im Zusammenhang mit der steigenden Nachfrage zu höheren Preisen. Die Möglichkeiten, aus anderen Quellen als den fossilen Brennstoffen Energie zu gewinnen, haben sich vermehrt, sind aber bisher nicht im gleichen Umfang leistungs- und wettbewerbsfähig. Es ist unter anderem die Frage zu beantworten, welche erneuerbaren Energieträger dauerhaft und zu welchen Anteilen fossile Energiequellen ersetzen können.

Im Jahre 1999 wurde der Strommarkt für den Wettbewerb geöffnet. Zunächst erreichte Preisvorteile beim Strom sind durch vielfältige Gründe längst aufgezehrt. Daher ist zu überprüfen, welche Möglichkeiten für eine breitere Öffnung des Strommarktes und Energiemarktes insgesamt bestehen. Zudem sind mittelfristig steuerliche Sonderbelastungen abzubauen.

Vor dem Hintergrund der Endlichkeit fossiler Energieträger und vor dem Hintergrund des Klimaschutzes ist die Entwicklung neuer Techniken zur Nutzung regenerativer Energiequellen richtig und wichtig. Eine finanzielle Förderung dieser Entwicklungen sollte in einem optimalen Verhältnis zur Energiegewinnung stehen und unter der Maßgabe erfolgen, neue Techniken möglichst schnell einsatzfähig, wirtschaftlich und damit wettbewerbsfähig zu machen.

Darüber hinaus sind nach internationalen Abkommen Klimaschutzziele durch z. B. Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu erfüllen. Das gelingt, indem man Kraftwerke entwickelt, die weniger CO<sub>2</sub> produzieren, bzw. Möglichkeiten findet, das entstehende CO<sub>2</sub> abzusondern und zu speichern oder indem man auf Energiequellen zurückgreift, aus denen Energie CO<sub>2</sub>-neutral gewonnen werden kann. Die Forschungen in diesem Bereich sind daher zu verstärken.

Ein wesentlicher Beitrag zu wirtschaftlicher Energieversorgung und zum Klimaschutz liegt in der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Es sind kurzfristig Regelungen zu treffen, um die Option der weiteren technisch sicheren Nutzung der deutschen Kernkraftwerke offen zu halten. Unabhängig davon ist für den bisher und zukünftig anfallenden radioaktiven Abfall ein Entsorgungspfad zu realisieren, der sich auch an der Tatsache orientiert, dass unterschiedliche Arten radioaktiver Abfälle unterschiedliche Anforderungen an die Art der Endlager erfordern. Das Moratorium in Gorleben muss aufgehoben und die Erkundung des Salzstocks zügig und ergebnisoffen zu Ende geführt werden.

Durch die zunehmende Windenergiegewinnung an der Küste und zukünftig auf See wird Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional vom dadurch notwendigen Aus- und Neubau des Stromnetzes betroffen sein. Nach der dena-Studie sind beispielsweise bis zum Jahr 2015 weitere 850 km an Netztrassen in der Bundesrepublik zu bauen, bis zum Jahr 2020 ist mit zusätzlichen 1060 km an Netztrassen zu rechnen. Der Ausbau der Windenergiegewinnung und der Ausbau der Netztrassen sind deshalb synchron zu gestalten unter Berücksichtigung verstärkter Forschungen nach besseren Speichertechnologien.

Neue Antriebstechniken sowie effizienteren Kraftwerke auch auf Basis konventioneller Brennstoffe sind zu entwickeln. Effizientere Kraftwerke können die Energie herkömmlicher Brennstoffe besser ausnutzen und so zu einem verminderten CO<sub>2</sub>-Ausstoß beitragen.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Dr. Philipp Rösler  
Fraktionsvorsitzender